

# Dresdner Volkszeitung

Postfach 101, Dresden  
Raben & Comp., Nr. 20618

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnold, Dresden.

**Abonnementspreis:** einschließlich Frachtlohn monatlich 4.50 M., durch die Post dagegen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M., Einzelnummer 20 Pf.  
**Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 201.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Verkaufsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 201.  
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 6-spaltige Nonpareilzeile 1.50 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3-spaltige 8-Markenzeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefe: Verlegung 20 Pf.

Nr. 121

Dresden, Sonnabend den 29. Mai 1920

31. Jahrg.

## Wahlen und auswärtige Politik

Die Hoffnung Deutschlands, unter den Völkern wieder emporsteigen und einen gleichberechtigten und gleichberechtigten Rang auch neben dem ersten einnehmen zu können, beruht auf der Republik. Die ganze Welt hat sich republikanisiert, und wo die Weltgeschichte gleichsam aus Bergschichten noch einige Trümmer stehen gelassen hat, da sind ihre Zuhörer für die Politik so gut wie bedeutungslos. Man kann sagen, daß Herz der ganzen Welt schlägt heute zwar noch nicht sozialistisch, aber noch schon demokratisch. Als Deutschland noch ein halb absolutistisches Kaiserreich war, wurden dagegen die demokratischen Kräfte der ganzen Welt in Bewegung gesetzt, und nach der aufrichtigen Überzeugung vieler war der Krieg gegen Deutschland nichts anderes als ein Kreuzzug gegen den Despotismus.

Eineinhalb Jahre sind seit dem Sturz der Monarchie verfloßen, und noch immer sehen wir alle unbefriedigt gebliebenen Gegner in der Welt mit dem Argument arbeiten, der Umsturz in Deutschland sei nicht ehrlich und ernstlich, der Militarismus der alten Monarchie sei noch ungebrochen, die Gesinnung nicht geändert. Mit diesem Argument und mit ihm allein verliert man die Welt für die Fortsetzung eines einseitigen Verhältnisses gegen Deutschland zu gewinnen. Dieses Argument muß herhalten, wo es gilt, Minderungen des Friedensvertrages zu verhindern, Österreich den Anschlag an Deutschland zu verweigern, die Politik feindlicher Abhängigkeit weiter zu führen und mit neuer Gewalt und Bedrückung gegen das unterlegene, im Augenblick tief geschwächte Volk vorzugehen.

Nach diesem Sachverhalt, der von keinem Politiker, welcher Partei er immer angehört, mag, geleugnet werden kann, läßt sich ermaßen, was es für die auswärtige Politik Deutschlands bedeuten würde, wenn es den nationalpolitischen Rechtsparteien gelänge, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den von ihnen so heiß ersehnten Erfolg zu erzielen. Können diese Parteien wieder zur Geltung, deren Politik schon vor dem Kriege in einem unaufrichtigen Söldnerfahnen bestanden hat, die während des Krieges die Idee eines billigen Friedens als landesverräterisch bekämpften, für unfruchtbar Ankerplätze schwärzten, in der Bankrotte dem Feind annehmliche Kontributionen auferlegten, die nach dem U-Bootskrieg schrien und jede Ausdehnung der Kriegsführung nicht nur billigten, sondern geradezu verherrlichten — können diese Parteien wieder zur Geltung, so würden alle unerbittlichen Feinde des deutschen Volkes, alle Unterdrückungs- und Verkümmelungspolitik draußen in Jubel ausbrechen und sich nicht mehr weit von der Erfüllung ihrer letzten Wünsche sehen.

Die Dergt und Stresemann können auch beim besten Willen in den nächsten Jahren keinen Revolutionskrieg führen, weil dazu alle Kräfte fehlen, und weil das deutsche Volk jedem, der auf einen so wahnwitzigen Gedanken käme, sofort entzweiigen würde. Sie können nicht mit jenen Mitteln der Politik, auf die allein sie schwören, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, Deutschlands Stellung in der Welt verbessern. Was können sie? Sie können höchstens die Politik, die von der Deutschen Republik bisher getrieben wurde, zerstören, die Quellen des Vertrauens, die sich da und dort wieder geöffnet haben, verschütten, angeknüpfte Fäden der Wiederherstellung zerschneiden und das ohnmächtige Deutschland in jenen Zustand der Isolierung führen, dem auch das mächtigste von vordem erlegen ist. Diese Parteien, die sich national nennen, können heute, selbst wenn sie anders wollten, gar nichts anderes tun, als die Geschäfte des feindlichen Imperialisismus zu belagern. Sie haben freilich letzten Endes auch bisher nie etwas anderes getan.

Die Wiederanknüpfung friedlicher Beziehungen und damit die allmähliche Erholung des deutschen Volkes hat zur Voraussetzung, daß sich im Ausland das Vertrauen in die Befähigung der neu geschaffenen Verhältnisse in Deutschland festigt. Dieses Vertrauen wird aber aufs neue erschüttert, wenn bei den Wahlen Parteien Erfolg erringen, die der bestehenden Staatsordnung der Demokratie mit feindseligen und gewalttätigen Absichten gegenüberstehen. In diesen Parteien zählen im Ausland nicht nur die Rechtsparteien, die in den Skapp-Bußch verwickelt waren, sondern auch — infolge ihres unendlich verworrenen und unklaren Verhaltens — die Partei der Unabhängigen. Entschiedenweise hat diese Partei neuerdings gegen alle Verände, die Demokratie durch die Gewalt einer Minderheit zu führen, Stellung genommen. Sie hat damit gezeigt, daß sie sich doch allmählich und langsam der Verantwortung bewußt wird, die sie für das Schicksal des deutschen Volkes nach innen und nach außen zu tragen hat. Solange sich aber die Partei der Unabhängigen nicht ganz unzweifelhaft auf den Boden der Demokratie stellt und gleich der Sozialdemokratie erklärt, nur auf diesem Boden den Sieg des Sozialismus anzustreben, solange wird auch jeder Erfolg, den sie bei den Wahlen erringt, im Ausland dahin gedeutet werden, daß die Grundlagen der neuen Ordnung in Deutschland gefährliche Risse aufweisen und daß es bedenklich sei, auf ihnen neue politische und wirtschaftliche Beziehungen herzustellen.

Die wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Auslands politik ist ihre Kontinuität, d. h. ihr Festhalten an den einmal erfassten Richtlinien. Der Sidsackurs ist Deutschland zum Verhängnis geworden, er war eine Folge des monarchischen Systems, die mit der Demokratie verschwinden muß. Es muß festgehalten werden an einer Politik, die durch ihre Friedfertigkeit nach außen, durch den Ausbau freibürgerlicher Einrichtungen und sozialem Fortschritt in der

## Das frevelhafte Kriegsspiel

Wieder auch in diesem Wahlkampf darauf hinzuwirken werden, daß die Niederlage und der Zusammenbruch allein die Folge der verheerlichen Kriegspolitik der alldeutschen Militärs waren. Sie verabsäumten den rechtzeitigen Verhandlungsfrieden, der möglich war, solange Deutschland noch nicht am Ende seiner Kräfte stand und trieben ein militärisches Rebanquiespiel, in dem die Kräfte des deutschen Volkes restlos ausgezehrt wurden, so daß es schließlich völlig ermatet zusammenbrechen mußte.

Die Deutschnationalen versuchen immer wieder, diese geschichtlichen Zusammenhänge zu vertuschen. Sie werden jetzt in klarer Weise an der Hand urkundlichen Materials zusammengeleitet in einer kleinen Schrift „Drei Jahre verheerliche Kriegspolitik“, die der Zentralverband, G. m. b. H., Berlin, Luisenstraße 31b, herausgibt. Aus dem unüberleglichen dokumentarischen Material dieser Schrift greifen wir einen Absatz heraus, der zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit der uneingeschränkte U-Bootskrieg begonnen wurde, der den Eintritt Amerikas in den Krieg nach sich zog. An Warnungen hat es damals nicht gefehlt. So schrieb der damals in Amerika weilende deutsche Unterstaatssekretär Albert in einer Denkschrift vom 6. November 1916:

„Strenge würde ich eine Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootskrieges als ein nationales Unglück ansehen, das letzten Endes zum Untergang Deutschlands führen könnte.“

Wenige Tage später, am 10. November 1916, berichtete der Völkischer Anwalt v. Saniel aus Washington u. a. folgendes:

„Offenbar schäme man in England die Gefahr des rücksichtslosen U-Bootskrieges bedeutend geringer ein, als die Vorteile, Amerika auf Seiten der Alliierten zu ziehen.“

Dieses Schriftstück hat, wie ein handschriftlicher Vermerk Ludendorffs beweist, diesem vorgelegen. Er hat aber die Warnung nicht beachtet.

Der ganz im Sinne Ludendorffs arbeitende Chef der Nachrichtenabteilung, Major Nicolai, aber verblüffte, daß solche Warnungen in die deutsche Presse gelangten.

Durch den U-Bootskrieg wurde die von Wilson eingeforderte Friedenskonferenz durchkreuzt. Noch in letzter Minute suchte Graf Bernstorff, der deutsche Botschafter in Washington, das Unheil zu verhindern. Am 27. Januar 1917 noch telegraphierte er an Bethmann:

„Krieg unvermeidlich bei bestmöglichstem Vorgehen... Wilson wird diese Erklärung als Schilling ins Gesicht empfangen.“

Am 28. Januar 1917 hat Bernstorff in einem Telegramm man möge trotz aller Skepsis den U-Bootskrieg aufheben, da Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe.

West neue Freunde zu werden sucht. Diese Politik ist aber nur dann aufrechtzuerhalten, wenn ihre hauptsächlichste Trägerin, die Sozialdemokratische Partei, so stark wie nur möglich aus dem Wahlkampf zurückkehrt.

## Das deutsch-lettische Friedensprotokoll

Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. d. M. in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, nunmehr veröffentlicht. Die Hauptbestimmungen sind:

Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen worden ist.

Sowohl Lettland wie Lettland verpflichten sich, keine Forderungen zu unternehmen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden.

Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, den Deutsche oder die dem deutschen Oberkommando unterstellten Truppen in Lettland angedrückt haben. Im Prinzip wird eine gewisse Pauschale die Höhe des Schadenerlasses festlegen. Lettland erhält alle Kriegsmaterialien ausgeliefert, das den Truppen Vermeidlich geblieben. Lettland verpflichtet sich, Lettland Waren aus Arbeit zu liefern.

Die A. L. V. hierzu von zuständiger Stelle hört, sind noch folgende Punkte des Vertrages bemerkenswert:

1. Die oben erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu ergebenden Aufwendungen feststellen, die mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettischem Gebiet gemacht worden sind.

2. Beide Vertragsparteien sichern sich für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schifffahrt das Recht der Weisheitsmaßnahme zu.

3. Lettland verpflichtet sich, den Transitverkehr aus Deutschland durch Lettland oder aus andern Ländern durch Lettland nach Deutschland nicht zu erschweren und keine besonderen Transitabgaben zu erheben.

## Millerand gegen eine Revision

Paris, 28. Mai. In der heutigen Kammerdebatte begründete der gemäßigtere Sozialist Paul Rubriot die Interpellation über die Forderung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Der Vertrag von Versailles sei für viele Depuliere des Minimums der Rechte Frankreichs gewesen. Eine Politik der Grobmut gegenüber Deutschland verweigere und allem auf Kosten Frankreichs gehen. Er ermahne deshalb die Regierung, der Armutsnot Deutschlands zu mitleiden. Er hoffe, daß die Regierung noch sehen könne, daß sie für Sparte keine Hand habe. Auf welche Weise man auch die Suche der deut-

Auf die erste Depesche ließ der Kaiser an Zimmermann telegraphieren:

„E. M. bemerkt, daß Allerhöchstdieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensentwürfe legen. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich ist, so ist nichts zu ändern. Es ist vorgegangen.“

„Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich ist, so ist das eben nicht zu ändern!“ Mit dieser leidenschaftlichen Handbewegung wurde von dem allmächtigen, niemand verantwortlichen deutschen Kaiser das deutsche Volk aus der Reihe der großen Völker der Erde — man weiß nicht für wie lange — ausgelöscht.

In den späteren Verhandlungen vor dem Untersuchungskommissionen erklärte Bernstorff:

„In allen meinen Berichten habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß der U-Bootskrieg die Amerikaner in den Krieg ziehen würde. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß aus der Wilsons. Friedensvermittlung ein Frieden hervorgegangen wäre. Für mich handelt es sich nicht um die Verurteilung, sondern um die Tatsache, daß die Entente nach ohne die amerikanische Hilfe hätte niemals bestehen können.“

Vor demselben Untersuchungskommissionen berichtete Graf Bernstorff am 23. Oktober 1919 über eine Unterredung, die er mit Ludendorff am 4. Mai 1917 hatte:

General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Nun, Sie wollen ja in Amerika Frieden machen! Sie dachten wohl, wir wären zu Ende?“ Darauf habe ich geantwortet: „Nein, ich glaube nicht, daß wir zu Ende wären, aber ich wollte den Frieden machen, ehe wir zu Ende wären.“ Darauf Ludendorff: „Ja, aber wir wollten nicht, daß außerdem werden wir jetzt durch den U-Bootskrieg die Sache in drei Monaten beenden.“

Wie Ludendorff die Sache beendet hat, wissen wir. Sein Kriegspresseamt gab freilich eine Schrift heraus, die mit den Worten schließt, daß England in der Erkenntnis seines unentrinnbaren Schicksals auf den Frieden werde eingehen müssen, den wir ihm vorschreiben. Das war zu einer Zeit, als alle Einsichtigen längst erkannt hatten, daß der U-Bootskrieg ein Feldschlag war. Aber noch am 16. Januar 1918 verkündete von der Tribüne des preussischen Landtages der preussische Finanzminister Bergt in keiner Rede dem aufstehenden Volke:

„Wir meinen, wie groß unser Feind ist, wenn wir merken, wie die Engländer noch bei großer Armut über dem Wasser rufen; die große Armut über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen.“

Dieser Mann ist heute Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei! Kein Wunder, diese Partei ist ja die moralische Mitkuldige der verheerlichen Kriegspolitik!

ken Schuld festsetzen werde, diese Stellungnahme komme der Wiedergutmachungskommission zu.

## Ministerpräsident Millerand

erklärte, in den bisherigen Unterhandlungen seien noch keine Verpflichtungen übernommen worden. Die Alliierten gingen nach Spa als Forscher mit völlig freien Händen, um die Ausarbeitung des Friedensvertrages, aber nicht dessen Revision zu erzielen. Die Entlassung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Diese wesentliche Klausel müßten die Alliierten mit allen Mitteln zur Durchführung bringen. Es wäre eine Unrechtmäßigkeit und ein Schand, wenn die Helfer des Krieges nicht die Schuld, die sie sich verpflichtet hätten, zu zahlen, vollkommen entrichten. Nachdem er die Kritik über die Wiedergutmachung verlesen hatte, sagte Millerand weiter, er lege großen Wert darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Funktion bleibe. Die Kommission müsse völlige Freiheit und unbedingte Autonomie haben. Sie habe am 19. Mai eine bezeichnende Antwort in Bezug auf die Bonds erhalten, die Lettland als Anerkennung seiner Schuld geben müsse. Diese Bonds würden aber erst wertvoll an dem Tag, an dem man sie beschreiben kann. Man habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzusetzen. Er sah zu, daß es gewisse Anzeichen gebe, die zum nächsten Tage zu warten, wenn man dann volle Klarheit habe, aber die Kunst eines Staatsmannes sei, zwischen den großen Ungelegenheiten zu wählen.

## Witz für Deutschland!

Wien, 29. Mai. Der Korrespondent der Telegraphen-Union meldet:

Die in tiefen machenden Ententezeiten verlässt, kommt der Konferenz in Spa eine sehr hohe Bedeutung zu. Der italienische Ministerpräsident Ritti wird einen sehr entscheidenden Vorstoß zugunsten Deutschlands unternehmen. Er will betonen, daß die ersten der internationalen Arbeit Deutschlands und Österreichs gewährt werden, da man zuerst die Länder vollkommen beruhigen müsse, in denen der Kommunismus durch die wirtschaftliche Notlage immer mehr vordringt. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß Ritti bei seinem Auftreten die volle Unterstützung der Engländer finden wird.

## Wilson's Kampf mit dem Senat

Präsident Wilson hat, wie erwartet wurde, gegen die republikanische Friedensentscheidung sein Veto eingelegt. Er erklärte, eine solche Art des Friedensschlusses würde ein unzulässlicher Fleck auf der Ehre der Union sein. Der Vertrag von Versailles enthalte wichtige Bestimmungen, worauf die Entschließung keine Rücksicht genommen habe. Eine Verwerfung des Friedensvertrages durch die Union würde bedeuten, daß man sich zurückziehe.